

# Mehr Geld für die Krippe

*Parlament beschliesst bis zu 600 Millionen jährlich für die Fremdbetreuung*

KATHARINA FONTANA

Die Krippen-Allianz kann im Parlament einen Grosserfolg feiern. Am Freitag haben beide Räte in der Schlussabstimmung das sogenannte Kita-Gesetz angenommen: im Nationalrat mit 115 zu 81 Stimmen, im Ständerat mit 27 zu 17 Stimmen. Die Schweiz führt damit eine neue Giesskannen-Sozialleistung ein für Eltern, die ihre Kinder «institutionell» betreuen lassen – sprich in einer Krippe, Tagesschule oder Tagesfamilie.

Dass linke Parteien immer mehr Sozialstaat wollen, versteht sich von selbst. Da sie in Bundesbern keine Mehrheit im Parlament haben, sind sie auf die Unterstützung der Bürgerlichen angewiesen. Und sie finden sie auch. Im Nationalrat stimmte die Mitte-Partei geschlossen für das Kita-Gesetz. Bei der FDP votierten 9 Vertreter dafür und 16 dagegen, Nein gesagt hat auch die Co-Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher.

Im Ständerat sprach sich eine Mehrheit der Mitte-Vertreter für die neue Sozialleistung aus – ausgenommen Daniel Fässler, Peter Hegglin und Fabio Regazzi. Eine Mehrheit der Freisinnigen lehnte die Vorlage ab. Vier FDP-Vertreter scherten aus und befürworteten den Sozialausbau: Pascal Broulis, Johanna Gapany, Damian Müller und Matthias Michel. Die SVP lehnte das Kita-Gesetz bis zum Ende praktisch ausnahmslos ab.

## Bis zu 500 Franken im Monat

Das Kita-Gesetz hat eine kurvenreiche Geschichte hinter sich. In der Allianz der Staatsausbauer mischte auch der Schweizerische Arbeitgeberverband anfänglich kräftig mit. Er lobbyierte zusammen mit den linken Parteien und den Familienpolitikerinnen dafür, die Kosten für die externe Kinderbetreuung massiv zu subventionieren und dem Bund anzuhängen. Das hätte die Bundeskasse – also die Steuerzahler – jedes Jahr bis zu 1 Milliarde Franken gekostet.

Im Nationalrat sah es zunächst so aus, als würde sich diese Lösung durchsetzen. Doch dann durchkreuzte der Ständerat die Pläne. Er erachtete es als wenig opportun, in Zeiten von strukturellen Defiziten eine neue Sozialleistung einzuführen, die allein der Bund zahlen soll. Zum Schreck der Arbeitgeber krempelte die kleine Kammer die Vorlage komplett um und beschloss, dass allein die Wirtschaft für die Kosten aufkommen müsse.

Das Ergebnis ist das nun verabschiedete Kita-Gesetz. Künftig sollen alle Eltern, die ihre Kinder in die Krippe oder in eine ähnliche Institution schicken, Anspruch auf eine Betreuungszulage haben. Die Krippen müssen in einer Landessprache geführt werden, sonst gibt es kein Geld. Auch erhalten nur jene Eltern eine Zulage, die ihre Kinder in der Schweiz betreuen lassen. Die



*Die Kinderkrippen müssen in einer Landessprache geführt werden, sonst gibt es für die Eltern kein Geld.*

GAETAN BALLY / KEystone

Sozialleistung wird nicht in die EU-Länder exportiert, wie es das Freizügigkeitsabkommen eigentlich erfordern würde.

Pro Tag, den das Kind wöchentlich in der Krippe verbringt, erhalten die Eltern 100 Franken im Monat. Für jeden weiteren Halbtag werden 50 Franken ausgerichtet. Wer sein Kind fünf Tage pro Woche extern betreuen lässt, erhält also 500 Franken monatlich ausbezahlt. Die Zulage wird ausgerichtet, bis die Kinder acht Jahre alt sind. Die Vorlage soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Aus diesem Grund müssen die Eltern erwerbstätig sein, wenn sie die Zulage beziehen wollen. Allerdings reicht ein Minipensum aus: Vorausgesetzt wird ein Verdienst von lediglich 630 Franken im Monat. Das heisst: Schicken Eltern ihr Kind in die Krippe, obschon sie genügend Zeit für seine Betreuung hätten, können sie gleichwohl Geld beziehen.

Kantone und Gemeinden sowie Arbeitgeber – wie zum Beispiel die Bundesverwaltung – richten schon heute zum Teil grosszügige Subventionen für Krippen aus; selbst Eltern mit hohen Einkommen werden finanziell unterstützt. Das Kita-Gesetz sieht vor, dass die Betreuungszulage nicht zu einer Überentschädigung führen darf: Eltern sollen am Ende nicht mehr Geld erhalten, als sie für die Kinderbetreuung tatsächlich ausgeben. Wie das kontrolliert wird, ist eine andere Frage.

Die neue Sozialleistung soll jährlich rund 600 Millionen Franken kosten. Es ist Aufgabe der Kantone, die Finanzierung zu regeln, wie sie das schon jetzt bei den Kinderzulagen tun. Voraussichtlich werden die Arbeitgeber über höhere Lohnbeiträge für die neue Sozialleistung aufkommen müssen. Nach vorläufigen Schätzungen der Bundesverwaltung dürfte die Belastung um knapp 0,2 Prozentpunkte steigen. Es ist denkbar, dass

die Firmen diese Zusatzbelastung in die Löhne einpreisen und indirekt an ihre Mitarbeiter weitergeben werden.

## Indirekter Gegenvorschlag

Das Thema Krippen ist damit noch nicht erledigt. Im Parlament ist die Kita-Initiative der Linken hängig. Sie fordert staatlich finanzierte Krippen, Eltern sollen nicht mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die Fremdbetreuung bezahlen müssen. Der Nationalrat wird die Initiative im nächsten Frühling als Zweitrat behandeln. Das Kita-Gesetz ist der indirekte Gegenvorschlag zur Initiative. Es kann in Kraft treten, wenn die Initianten ihr Begehr zurückziehen oder die Initiative in einer Volksabstimmung abgelehnt wird. Es besteht aber die Möglichkeit, dass jemand das Referendum gegen das Kita-Gesetz ergreift.

Ein Referendum würde eigentlich auf der Hand liegen, gerade seitens der Wirtschaftsverbände. Sie monieren seit längerem, dass es angesichts der unsicheren Lage keine weiteren Belastungen der Unternehmen vertragen und die Arbeit nicht zusätzlich verteuert werden dürfen. Bis jetzt hat aber noch niemand das Referendum angekündigt, die Reaktionen sind verhalten. Der Schweizerische Gewerbeverband sagt, dass man ein Referendum prüfe. Der Arbeitgeberverband, der in der ganzen Angelegenheit eine unglückliche Rolle gespielt hat, teilt mit, dass man sich ein Referendum offen lasse.

Von den Parteien käme einzig die SVP als Referendumsführerin infrage. Doch in der Volkspartei scheint man nicht darauf erpicht zu sein, einen weiteren Kampf führen zu müssen. Das Abstimmungsprogramm ist mit SRG-Halbierungsinitiative, Individualbesteuerung, 10-Millionen-Schweiz und andern ohnehin gut befrachtet.